DER SPIEGEL
Nr. 13 / 21.3.2015
Deutschland €4,60

Wie Europäer auf die Deutschen blicken

THE GERMAN ÜBERMACHT



„Das Vierte Reich“

Europa Angela Merkel mit Hitler-Bärtchen, Panzer auf dem Weg nach Athen. In manchen Partnerländern grassieren die Vergleiche mit den Nazis. Die Deutschen gelten wieder als Übermacht. Dabei sind sie eher ein schwacher als ein starker Hegemon des Kontinents.

Der 30. Mai 1941 war der Tag, an dem Manolis Glezos Adolf Hitler austrickste. Vier Wochen zuvor hatten die Deutschen eine riesige Hakenkreuz-Fahne über der Akropolis von Athen gehisst. Glezos und ein Kamerad schlichen sich an den Mast heran, holten die verhasste Fahne herunter und zerrissen sie. Ihre Tat machte sie zu Helden.

Glezos war damals Widerstandskämpfer, heute ist er Europaabgeordneter der Regierungspartei Syriza, bald wird er 93 Jahre alt. Er sitzt in seinem Brüsseler Büro, Willy-Brandt-Gebäude, dritte Etage, und erzählt von seinem Kampf gegen die Nazis und seinem Kampf gegen die Deutschen von heute. Seine weißen Haare trägt Glezos wild und verwegen wie ein alter Che Guevara, in seinem faltigen Gesicht zeichnen sich die Spuren eines europäischen Jahrhunderts ab.

Zunächst kämpfte er gegen die italienischen Faschisten, später gegen die deutsche Wehrmacht, dann gegen die griechische Militärdiktatur. Er saß häufig im Gefängnis, fast zwölf Jahre lang insgesamt, schrieb Gedichte, kam frei, kämpfte weiter. „Diese Ära ist noch sehr lebendig in mir“, sagt er.

Glezos hat erlebt, was es bedeuten kann, wenn Deutsche die Vorherrschaft in Europa anstreben. Er sagt, es sei wieder so weit. Diesmal hielten nicht Soldaten, sondern Unternehmer und Politiker die Griechen im Würgegriff. „Das deutsche Kapital dominiert Europa, es profitiert von der Misere in Griechenland“, sagt Glezos. „Wir brauchen euer Geld aber nicht.“

In seinen Augen fügt sich die deutsche Gegenwart nahtlos an die schreckliche Vergangenheit. Er betont, dass er damit nicht das deutsche Volk meine, sondern die herrschenden Schichten. Deutschland ist für ihn auch heute wieder der Aggressor, „das Verhältnis zu Griechenland gleicht dem Verhältnis zwischen dem Tyrannen und seinem Sklaven“.

Er habe einen Text von Joseph Goebbels im Kopf. Der Reichspropagandaminister denkt darin über eine europäische Zukunft unter deutscher Führung nach. „Das Jahr 2000“ heißt der Text. „Goebbels hat sich nur um zehn Jahre verrechnet“, sagt Glezos. 2010, in der Finanzkrise, habe die deutsche Dominanz begonnen.

Bislang waren es vor allem die Deutschen, die unermüdlich auf die Nazi-Vergangenheit zurückblickten. Seit Kurzem machen das auch andere Völker in Europa. Angela Merkel mit Hitler-Bärtchen, deutsche Panzer auf dem Weg in den Süden – es gibt eine Flut von Karikaturen mit diesen Motiven, in Griechenland, Spanien, Großbritannien, Polen, Italien, Portugal. Wird gegen die Europolitik demonstriert, taucht garantiert ein Nazi-Symbol auf.

Von einem „Vierten Reich“ ist die Rede, in Anlehnung an das „Dritte Reich“ Adolf Hitlers. Das klingt absurd, weil die Bundesrepublik eine geglückte Demokratie ist, ohne einen Hauch von Nationalsozialismus, und Merkel ist da ohnehin über jeden Zweifel erhaben. Über das Wort Reich könnte man jedoch nachdenken. Es meint mehr als einen Nationalstaat, es meint ein Herrschaftsgebiet mit einer Zentrale, die über viele Völker gebietet. Wäre es nach dieser Definition falsch, von einem deutschen Reich auf dem Gebiet der Ökonomie zu sprechen?

Der griechische Premier Alexis Tsipras wird jedenfalls nicht den Eindruck haben, dass er frei über die Politik seines Landes bestimmen könne. Am Montag spricht er bei der Bundeskanzlerin vor, ein Termin, bei dem die nationalsozialistische Geschichte Deutschlands ein Thema sein wird. Die Griechen verlangen Reparationen für das, was Deutsche ihnen im Zweiten Weltkrieg angetan haben (siehe Seiten 28, 86).

Dabei geht es natürlich auch stark um die Verzweiflung einer Regierung, die bislang dilettantisch gehandelt hat. Aber es wäre ein Fehler, die Geschichte für abgeschlossen zu halten. Sie legt sich immer wieder über die Gegenwart.

Es gibt einen großen Vorwurf an Deutschland, er kommt aus Griechenland, aus Spanien, aus Italien, aus Frankreich, aber auch aus Großbritannien und den



Merkel-Graffito in Athen
Eine Flut von Karikaturen



USA: dass Deutschland durch den Euro den Süden Europas wirtschaftlich beherrsche, ihm in der Krise die Luft abdrehe, um seine Prinzipien durchzusetzen, dabei aber mit seiner Exportpolitik am meisten vom Euro profitiere. Deutschland als egoistische wirtschaftliche Besatzungsmacht, flankiert von kleineren nordeuropäischen Ländern mit ähnlichem Profil.

Der Vorwurf kommt aus Ländern, in denen seit Jahren Massenarbeitslosigkeit herrscht, er wird voller Wut vorgebracht, und deswegen kehren mit ihm auch die Schreckgespenster der deutschen Geschichte wieder. Es ist kein Wunder, dass derjenige, der sich heute gedemütigt fühlt, Rechnungen aus der Vergangenheit präsentiert. Die historische deutsche Schuld wird von den Opfern der Eurokrise gegen Deutschland und Angela Merkel eingesetzt als Waffe der Ohnmächtigen, sie wird benutzt, um Lärm zu schlagen und gehört zu werden.

Zwar gelten die Deutschen nach Umfragen im Ausland als meistrespektiertes Volk der Welt, doch wenn deutsche Politik unangenehm wird, ist man schnell bei den Nazis.

Der Vorwurf gegen die Bundesregierung hat eine merkwürdige Dialektik: Deutschland dominiere, aber Deutschland führe nicht. Es sei ein Hegemon, aber ein schwacher. Auch das führt zurück in die Geschichte. In seinem Buch „Von Bismarck zu Hitler“ hat der Publizist und Historiker Sebastian Haffner 1987 analysiert, dass Deutschland in jener Zeit eine „ungeschickte Größe“ gehabt habe. Es sei gleichzeitig zu klein und zu groß gewesen. Das könnte nun wieder gelten.

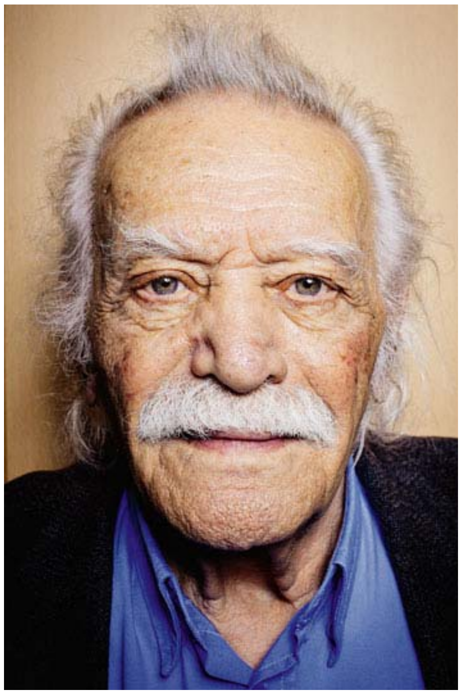
Wie also sieht die Rolle der Deutschen in Europa derzeit aus, von außen und von innen betrachtet?

Neben der Mailänder Börse, wo eine Elf-Meter-Skulptur mit gerecktem Mittelfinger den Niedergang der Hochfinanz spöttisch bebildert, hat die Zeitung „Il Giornale“ ihren Sitz. Dort, in exakt dem Büro, in dem einst der Reporter, Schriftsteller und Weltbürger Indro Montanelli arbeitete, sitzt nun Vittorio Feltri. Er ist seit mehr als einem halben Jahrhundert Journalist, 71 Jahre alt, hat beim „Corriere della Sera“ sowie anderen Blättern Karriere gemacht. Im vergangenen Jahr hat er ein bemerkenswertes Buch veröffentlicht, zusammen mit einem weiteren renommierten Journalisten, Gennaro Sangiuliano, Vizechef der Nachrichtenredaktion bei Rai 1, der italienischen Version der „Tagesschau“. Sein Titel: „Das Vierte Reich – Wie Deutschland Europa unterwarf“.

Es sind nicht nur verzweifelte, radikalisierte Demonstranten, die Vergleiche zur Vergangenheit ziehen. Es sind oft anerkannte Intellektuelle, Bürger mit gesicherter Existenz wie Feltri und Sangiuliano.

Der Euro? Ein Mittel zum deutschen Zweck, schreiben die beiden Autoren; die Einheitswährung erinnere, „zu Recht oder zu Unrecht“, an die „Panzerdivisionen von früher“. Das Geld solle den Deutschen Herrschaftsgebiete sichern. Das Bundesverfassungsgericht? „Klingt wie eine Waffengattung der Wehrmacht.“ „Merkiavelli“, die Kanzlerin, in ihrem protzigen, vom Vorvorgänger geplanten Amtssitz, dem „Kohlosseum“? Vollendet gerade, woran Hitler gescheitert ist. Das Ganze, sagt Feltri, sei als Pamphlet zu verstehen, als „Hinweis auf die Unangemessenheit dieser Einheitswährung, von der nur Deutschland profitiert“.

Weite Teile der politischen Klasse in Italien sind ähnlicher Ansicht. Im vergangenen Jahr hat der Sozialdemokrat Romano Prodi, immerhin ehemaliger Präsident der EU-Kommission, mit einer Analyse in der Zeitschrift „L'Espresso“ Aufsehen erregt: „In Deutschland wird das Spektrum von Populismus und Nationalismus durch Merkel abgedeckt“, schrieb er: „In Brüssel wiederum hat in den letzten Jahren nur ein Land die Richtung bestimmt; Deutschland hat sich sogar erlaubt, anderen unannehmbare moralische Lektionen zu erteilen.“



Früherer Widerstandskämpfer Glezos
„Goebbels hat sich um zehn Jahre verrechnet“

Während Ministerpräsident Matteo Renzi nach außen meist die Nähe zu Deutschland betont, sind am rechten Rand radikale Töne zu hören. Der Germanist Luigi Reitani sagte bei einer Konferenz Ende vergangenen Jahres, in Italien werde inzwischen eine „Linie von den Invasionen der Barbaren über Bismarck und Hitler bis zu Merkel“ gezogen.

In Frankreich klingt es manchmal ähnlich. Der spätere Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg sagte 2011: „Bismarck vereinigte die deutschen Fürstentümer, um Europa und insbesondere Frankreich zu beherrschen. Angela Merkel will in frappierend ähnlicher Weise ihre internen Probleme lösen, indem sie die Wirtschafts- und Finanzordnung der deutschen Konservativen dem Rest Europas aufzwingt.“ Die alte Expansionspolitik kehre auf dem wirtschaftlichen Terrain wieder.

Wahrscheinlich ist die Angst vor einer deutschen Herrschaft in Europa nirgendwo größer als in Frankreich, das in 80 Jahren dreimal in Teilen vom Nachbarland besetzt wurde. In den vergangenen Jahren hat die „Germanophobie“ vom Front national bis zu den Sozialisten massiv zugenommen, was zum Teil dazu dient, von eigenen Versäumnissen bei Reformen abzulenken. Dennoch sind dies Stimmungen, die man ernst nehmen sollte.

Der linke Intellektuelle Emmanuel Todd warnt davor, dass Deutschland „mehr und mehr eine Politik der Stärke und der verdeckten Expansion“ betreibe. Europa werde von Deutschland beherrscht, sagt er, das in seiner Geschichte stets zwischen Vernunft und Megalomanie geschwankt habe. Seit der Wiedervereinigung, sagt Todd, habe Deutschland fast den ganzen ehemaligen sowjetischen Herrschaftsbereich unter seine Kontrolle gebracht, um ihn für seine wirtschaftlichen Zwecke zu nutzen.

In Athen, in einem Gebäude des Kulturministeriums, stimmt Nikos Xydakis, Vizekulturminister der Regierung Syriza, in die Klage ein.

„Es ist, als ob mein Land die Folgen eines Krieges erlebt“, sagt er. Die europäische Sparpolitik habe Griechenland zugrunde gerichtet. „Wir haben ein Viertel unseres Bruttoinlandsprodukts eingebüßt, ein Viertel unserer Bevölkerung ist arbeitslos.“ Dabei hätten die Griechen um Kredite nicht gebeten, sie seien ihnen zusammen mit dem Sparprogramm aufgedrückt worden. „Jetzt zahlen wir sie mit dem Blut unserer Leute zurück.“

Deutschland sei in Europa zu mächtig geworden, sagt er. Es sei zwar der Anführer, was Politik und Wirtschaft angehe. „Aber wer ein Anführer sein will, muss sich auch wie einer benehmen.“ Deutschland solle großzügiger sein und die schwächeren Länder in Europa nicht als Untergebene betrachten.

Xydakis sagt, dass er Miete für sein Büro zahlen müsse, weil das Gebäude an einen Fonds verkauft worden sei, um Athens Schulden begleichen zu können. „Ich fühle mich, als wären wir in Leipzig oder Dresden und es würde Bomben hageln.“ Der einzige Unterschied sei, dass die Bomben heute im Gewand der Sparpolitik daherkämen.

Für ihn – wie für fast alle Kritiker der deutschen Politik – steht im Zentrum der

FOTO: NATALIE HILL / DER SPIEGEL

Drei deutsche Reiche



Heiliges Römisches Reich Der Hof Kaiser Friedrichs II. zu Palermo 1230



Deutsches Kaiserreich Proklamation von Wilhelm I. zum Kaiser in Versailles 1871



„Drittes Reich“ Festbeleuchtung am Brandenburger Tor zu Hitlers 50. Geburtstag 1939

FOTOS: HUGO JAEGER / TIME LIFE PICTURES / GETTY IMAGES (U.); BISMARCK-MUSEUM FRIEDRICHSRUH (M.); BPK / BAYERISCHE STAATSGEMÄLDESAMMLUMG (O.)

Anklage ein Wort, das in Deutschland bis vor Kurzem kaum in Gebrauch war: Austerität. Es meint die Politik des Sparens, ein Wort, das im Land der schwäbischen Hausfrau positiv konnotiert ist. Und das in den europäischen Krisenländern für eine freudlose Politik der fremdbestimmten Entbehrungen steht. Deutschland exportiert nicht mehr nur seine Waren, sondern auch seine Regeln.

Die Waren allerdings werden ohne Zwang verkauft. Europa liebt Produkte aus Deutschland. Der Exportüberschuss lag 2014 bei mehr als sieben Prozent der Wirtschaftsleistung. Ein Exportüberschuss bedeutet: Deutschland nimmt im Geschäft mit anderen Ländern mehr Geld ein, als es für deren Waren ausgibt. Die Differenz fließt zumeist ins Ausland zurück, etwa als sogenannter Kapitalexport. Vereinfacht ausgedrückt: Deutsche Banken leihen ausländischen Firmen Geld, damit sie die deutschen Produkte bezahlen können.

Seit der Jahrtausendwende hat sich der deutsche Exportüberschuss nahezu vervierfacht, auf rund 217 Milliarden Euro – allein gegenüber Frankreich betrug er 2014 über 30 Milliarden Euro. Auch wenn die Exporte gegenüber den anderen Ländern der Eurozone als Folge der Krise zurückgegangen sind, ist der Überschuss in keinem Land der Welt so groß wie in Deutschland. Was ist der Grund? Eine aggressive Handelspolitik?

Der deutsche Volkswirt Henrik Enderlein ist kein Dogmatiker, er betrachtet die Welt nicht durch eine nationale Brille. Der Professor für Politische Ökonomie an der Berliner Hertie School of Governance studierte in Frankreich und den USA, arbeitete bei der Europäischen Zentralbank (EZB) und lehrte in Harvard, sein Vater war FDP-Politiker, er selbst berät die SPD-Spitze. Er sagt: „Dass Deutschland heute den höchsten Exportüberschuss aller Staaten aufweist, hat einen simplen Grund: Nach der Eurogründung hatten wir kaum eine andere Wahl, als wettbewerbsfähiger zu werden“, sagt er. „Es ist aber absurd zu glauben, Deutschland habe dies gezielt getan, um anderen Ländern zu schaden.“

Deutschland hat seine Rolle nicht bewusst angestrebt, sie hat sich durch die Konstruktion der Eurozone so ergeben. Eine Mitschuld an der Lage trage die EZB, so Enderlein. Denn in den Jahren nach der Eurogründung 1999 schwankte deren Leitzins zumeist zwischen drei und vier Prozent. Für die Südländer war dieser Satz zu niedrig, er befeuerte den Boom, Löhne und Preise stiegen stark. Für Deutschland war der Leitzins dagegen zu hoch, den Arbeitnehmern blieb nur der Lohnverzicht, um den Preis der eigenen Produkte niedrig zu halten. Aggressiv scheint das auf den ersten Blick nicht, aber



Regierungsmitglieder Varoufakis, Tsipras: Deutschland exportiert seine Regeln

FOTO: IMAGO / ZUMA PRESS

die Südländer klagten: Deutschland betreibe Lohn-Dumping.

Der Verzicht bescherte den Deutschen Wachstum und Selbstbewusstsein und damit Macht. Wenn Angela Merkel in Brüssel auftritt, dann tut sie das als Chefin der mit Abstand stärksten Volkswirtschaft der Eurozone. Die anderen fällen keine Entscheidungen gegen sie. Macht ist nicht schlimm, wenn die Mächtigen gut damit umgehen. Tun sie das?

Es gibt einen neuen Sound in Deutschland. Er schert sich nicht mehr um die noblen Gepflogenheiten der Diplomatie. Es ist nicht Flüstern und Säuseln, nicht Andeuten und Nahelegen. Es ist Zetern und Schimpfen. Über die Grenzen hinweg.

Hier ist dieser Sound, gesprochen von Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister, das Thema ist Griechenland: „Ein Land, das seit Jahrzehnten durch das Versagen seiner Eliten und nicht wegen Europa und nicht wegen Brüssel und nicht wegen Berlin, sondern wegen des ausschließlichen Versagens seiner Eliten leidet und weit über seine Verhältnisse (…) gelebt hat, muss sich allmählich langsam an die Realität annähern. Und wenn die Verantwortlichen in diesem Land das Volk belügen, dann ist es nicht verwunderlich, dass das Volk so reagiert.“ Gesagt hat er das am Montag bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Am Tag zuvor klang Markus Söder, Finanzminister in Bayern, ganz ähnlich, im Beisein seines griechischen Kollegen Gianis Varoufakis in der Talkshow von Günther Jauch: polternd und rechthaberisch. Er ließ keine Gelegenheit aus, Bayerns Wirtschafts- und Finanzkraft mit der Griechenlands zu vergleichen, um Varoufakis die Überlegenheit eines deutschen Bundeslandes unter die Nase zu reiben. Auch der fränkische Tonfall machte die Worte nicht weicher. Söder ist Innenpolitiker, und so klingt es dann auch. Wie eine Keilerei zwischen Regierung und Opposition in einem Land.

Einen besonders triumphalen Satz im neuen Sound sagte Volker Kauder, der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, schon 2011. CDU-Parteitag in Leipzig, Kauder hielt seine Rede wie immer frei, dann fielen ihm diese Worte ein: „Auf einmal wird in Europa Deutsch gesprochen.“ Der Saal tobte. Der Satz habe zu viele Missverständnisse ausgelöst, sagt Kauder heute, er würde ihn nicht wiederholen.

Merkel würde so nicht reden, nicht öffentlich jedenfalls. Ihre Sprache ist vorsichtiger, manchmal auch so verdreht, dass nicht auf Anhieb zu erkennen ist, was sie meint. Am Dienstag sagte sie vor der Unionsfraktion: „Deutschland muss ein Land sein, das nichts unversucht lässt, um Fortschritte zu erzielen.“ Fortschritte anderswo meinte sie, in Griechenland.

Die Bundeskanzlerin hat ein expansives Projekt, das gleichsam in einem Merkel-Reich münden soll. Sie denkt nicht so europäisch wie ihr Vorvorgänger Helmut Kohl, der Deutschland in der EU aufgehen lassen wollte. Merkel denkt nationaler. Sie weiß, dass Deutschland allein keinen Einfluss in der Welt haben wird. Wer mitreden will, braucht viele Einwohner und eine starke Wirtschaft. Deutschland hat eine starke Wirtschaft, ist aber gegenüber China oder den USA ein kleines Land. Deshalb braucht Deutschland Europa für die große Kopfzahl. Aber es muss ein wirtschaftlich starkes, ein wettbewerbsfähiges Europa sein. Daran arbeitet Merkel.

Sie entwickelte früh in der Finanzkrise Ideen für sogenanntes Benchmarking. Die europäischen Länder sollten sich in allen Bereichen nach dem Besten richten. Meist ist das Deutschland. Auf diesem Wege würde ein deutsches Europa entstehen.

Im Kampf gegen die Schuldenkrise in Irland, Spanien, Portugal, Zypern und Griechenland diskutierte Europa zwei Konzepte. Die südlichen Länder wollten Wachstum durch mehr Ausgaben finanzieren, in der Hoffnung, dass mittelfristig die Staatseinnahmen steigen. Deutschland und die nördlichen Staaten setzen auf Sparsamkeit und Strukturreformen, die den Bürgern einiges abverlangen.

Die große Wirtschaftsmacht Deutschland setzte sich durch. Um die Krisenländer auf Kurs, auf deutschen Kurs, zu bringen, holte Merkel den Internationalen Währungsfonds (IWF) dazu, als strenge Aufsicht – frei von allem Beigeschmack, den alleinige deutsche Aufsicht in Europa hätte. Die anderen haben es trotzdem gemerkt. Sie wissen, dass sie in einem Matriarchat leben.

Am Anfang der Eurokrise wagten andere Staats- und Regierungschefs noch, offen zu protestieren. Er habe „grundlegende Zweifel an der Methode“, schimpfte der damalige polnische Regierungschef Donald Tusk und fragte Merkel bei einem Gipfeltreffen: „Warum müssen Sie eine Spaltung demonstrieren?“ Ein drei viertel Jahr später hatte sich die Kanzlerin durchgesetzt: Alle Euroländer stimmten für die ziemlich deutsche Idee eines „Fiskalpak-

tes“, für Schuldenbremsen in den nationalen Verfassungen, für schärfere Strafen für Defizitsünder, für mehr Reformen, natürlich nach dem Muster der deutschen „Agenda 2010“. Der verstorbene Soziologe Ulrich Beck taufte ihre Art, die anderen den deutschen Druck spüren zu lassen, auf den bösen Namen „Merkiavellismus“.

Es war einiges passiert mit der deutschen Europapolitik. Helmut Kohl hätte es unter allen Umständen zu vermeiden versucht, bei wichtigen Verhandlungen isoliert zu sein. Angela Merkel löste sich aus diesem Schatten. „Ich stehe ziemlich allein in der EU. Aber das ist mir egal, ich habe recht“, sagte sie im kleinen Kreis, als es um die Rolle des IWF ging. Und später: „Wir sind in Europa, was die Amerikaner in der Welt sind, die ungeliebte Führungsmacht.“

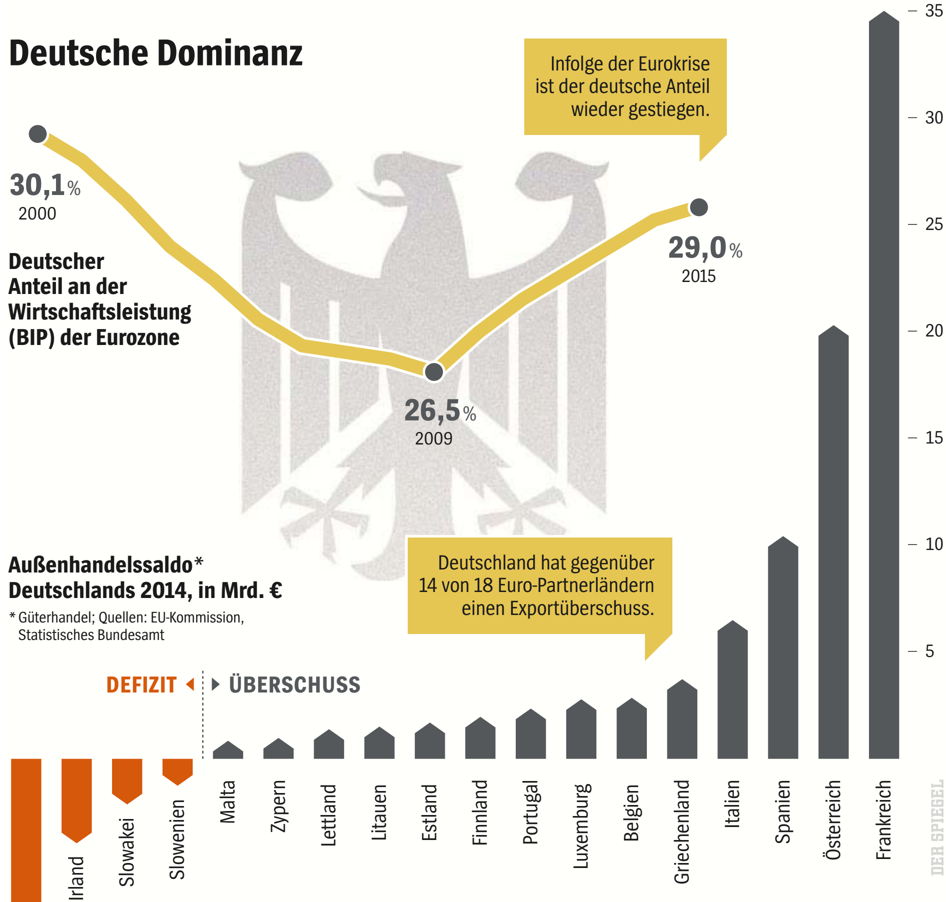
Martin Schulz, im Jahr 2014 Spitzenkandidat der Sozialisten, erzählt aus seinem Europawahlkampf diese Geschichte. „Wie können Sie für das Amt des EU-Kommissionschefs kandidieren?“, sei er selbst von jungen Leuten gefragt worden. „Sie sind doch Deutscher.“ Und das geschah einem Martin Schulz, der vier Sprachen fließend spricht, der fast sein ganzes politisches Leben in Europa, in Brüssel zugebracht hat, der sich für die deutsch-französische Freundschaft verkämpft wie kaum ein anderer. „Ich wurde wahrgenommen als Teil der deutschen Dominanz“, sagt er. „Es gibt ein Gefühl von deutscher Übermacht, aber wenn Sie nachfragen, kommt nie etwas Konkretes.“

Wird im Kanzleramt über die neue Rolle nachgedacht? Ja, zum Beispiel darüber, wie es so weit kommen konnte. Erstens, heißt es dort, habe die Eurokrise das Gewicht der Nationalstaaten gestärkt, weil nur nationale Regierungen schnell genug Rettungsgelder mobilisieren konnten. Und zweitens sei Deutschland je mächtiger erschienen, desto weiter Frankreich, das traditionelle Partnerland, wirtschaftlich zurückgefallen sei.

„Madame Non“ wird die Bundeskanzlerin manchmal genannt. Wenn bei den Brüsseler Gipfeltreffen einer der anderen Staats- und Regierungschefs zu Ende geredet hat, so wird erzählt, dann wandern die Blicke der anderen oft als Erstes zu ihr, der Deutschen.

Aber Hitler-Bärtchen? „Viertes Reich“?

Die Nazis nannten ihr Deutschland „Drittes Reich“, um sich mit der Tradition von zwei anderen deutschen Reichen zu adeln. Im Mittelalter entstand das Heilige Römische Reich, das kein Nationalstaat war, sondern ein Herrschaftsgebiet zumeist deutschstämmiger Kaiser, die über große Teile Europas regierten, bis nach Sizilien. Es ging 1806 unter, nachdem Napoleon viele Gebiete davon unterworfen hatte.



Das zweite Reich war nach dieser Zählung das deutsche Kaiserreich, das Bismarck 1871 nach Siegen über Dänemark, Österreich und Frankreich gegründet hatte. Die deutschen Kleinstaaten schlossen sich unter der Führung Preußens zusammen, weshalb Bismarck als Wegbereiter des heutigen Deutschlands gilt. Am 1. April wird sein 200. Geburtstag gefeiert.

Im Kaiserreich bildete sich bald eine gefährliche Stimmung heraus. Eine deutsche Hybris, das Gefühl, allen überlegen zu sein, alles besser zu wissen, besser zu können. Das mischte sich mit einer Verzagtheit, einer anhaltenden Überforderung.

Bismarcks Reich, das von 1888 an auch von Wilhelm II. angeführt wurde, hatte zudem eine unglückliche Größe. Es war zu groß und zu klein. Zu groß: Es war der mächtigste Staat in Europa, weshalb sich Frankreich, Großbritannien und Russland bedroht und herausgefordert fühlten. Sie gingen zeitweilig Bündnisse miteinander ein. Zu klein: Das Kaiserreich konnte Europa nicht alleine beherrschen oder führen. Auch die Deutschen suchten sich daher Partner. Die innere und äußere Logik dieser Bündnisse war einer der wichtigsten Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Nach der Niederlage brach das Kaiserreich Ende 1918 zusammen.

Hitler glaubte, sein „Großdeutschland“ sei groß genug, um Europa zu beherrschen, irrte sich aber gewaltig. Auch mit brutalster Kriegsführung und Unterdrückung war er dem Bündnis der Demokratien mit der Sowjetunion nicht gewachsen.

Nach dem Ende des „Dritten Reichs“ schien eine deutsche Dominanz auf dem Kontinent für alle Zeit ausgeschlossen zu sein. Die Bundesrepublik und die DDR waren zunächst schüchterne Staaten, die sich mehr oder weniger freiwillig an ihre großen Brüder USA und Sowjetunion schmiegten. Sie dominierten nicht, sondern wurden dominiert.

Die Bundesrepublik entwickelte allerdings bald ein neues Herrschaftsinstrument, kein politisches, sondern ein ökonomisches: die D-Mark. Da die westdeutsche Wirtschaft kräftig wuchs und die Staatsverschuldung vergleichsweise maßvoll blieb, dominierte die Bundesbank in den Siebziger- und Achtzigerjahren die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa. Vor den Frankfurter Entscheidungen zitterten die Regierungen in Frankreich, Italien oder Großbritannien. Kurz vor der deutschen Wiedervereinigung hieß es aus dem Pariser Élysée-Palast: „Was für uns die Atombombe ist, ist für die Deutschen die D-Mark.“

François Mitterrand war kein Freund einer Wiedervereinigung. Er fürchtete, dass ein deutscher Koloss in Europas Mitte bald



Austeritätsgegner in Madrid*: Freudlose Politik der Entbehrungen

wieder nach politischer Herrschaft streben könne. So dachte auch die britische Premierministerin Margaret Thatcher, so dachten viele Deutsche, besonders aus dem linken Spektrum, allen voran der Schriftsteller Günter Grass. Dem schwante ein Rückfall in die alte Hybris, in den deutschen Überlegenheitswahn.

Teamchef Franz Beckenbauer schien das 1990 zu bestätigen, als er nach dem Sieg der Weltmeisterschaft in Italien sagte: „Wir sind jetzt die Nummer eins der Welt, wir sind schon lange die Nummer eins in Europa. Jetzt kommen die Spieler aus Ostdeutschland noch dazu. Es tut mir leid für den Rest der Welt, aber die deutsche Mannschaft wird über Jahre hinaus nicht zu besiegen sein."

Ähnlichen Größenwahn haben nur zwei Regierungspolitiker der Bundesrepublik an den Tag gelegt. Kanzler Helmut Schmidt glaubte Ende der Siebziger- und Anfang der Achtzigerjahre, er sei der beste Ökonom der Welt. Traf er auf den amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter, begegnete nicht die kleine Bundesrepublik den großen USA, sondern der große Schmidt dem kleinen Carter; es ging nicht um Körpergröße. Den ersten Versuch, Europa nach deutschen Vorstellungen umzubauen, machte 1998 Finanzminister Oskar Lafontaine, damals SPD, heute Linke. Weil er die europäischen Finanzmärkte harmonisieren und eine Einheitswährung schaffen wollte, fragte die britische „Sun", ob er der „gefährlichste Mann Europas" sei.

Er scheiterte, und die Nationalmannschaft hat ziemlich oft verloren, bis sie 2014 tatsächlich die Nummer eins der Welt wurde.

Und das vereinte Deutschland trumpfte politisch zunächst nicht auf, blieb bescheiden. Doch dann kam der Euro, der nach Mitterrands Vorstellungen Deutschland die „Atombombe" wegnehmen sollte. Der Euro war dazu gedacht, die ökonomische Dominanz der Deutschen zu brechen, hat aber das Gegenteil bewirkt. Über die gemeinsame Währung ist das Schicksal der Teilnehmerländer eng verknüpft, und Deutschland hat nun Macht über andere.

Deshalb steht „die deutsche Frage" wieder im Raum: Ist das neue Deutschland zu groß und zu mächtig für die übrigen europäischen Staaten, oder ist es zu klein und zu zögerlich?

Hans Kundnani ist Forschungsdirektor am European Council on Foreign Relations, einem paneuropäischen Thinktank mit Hauptsitz in London, sein Spezialgebiet ist die deutsche Außenpolitik, und er hat ein viel beachtetes Buch über die deutsche Macht geschrieben: „The Paradox of German Power" (Das Paradox deutscher Macht). Kundnani verknüpft die alte deutsche Frage mit der neuen Debatte um Deutschlands Rolle in der Eurozone. Die Stärke der deutschen Wirtschaft und die gegenseitige Abhängigkeit der Staaten schaffe in Europa eine wirtschaftliche Instabilität, die vergleichbar sei mit der politischen Instabilität zu Bismarcks Zeiten.

Das Problem, so Kundnani, sei weniger, dass Deutschland in Europa hegemoniale Macht ausübe, sondern dass es sie nur zur Hälfte ausübe – es sei auf sich selbst konzentriert, und womöglich sei es für die Rolle, die es spielen müsste, zu klein.

„Deutschland ist erneut ein Paradox. Es ist mächtig und schwach zugleich – wie im 19. Jahrhundert nach der Reichsgründung scheint es mächtig von außen, fühlt sich aber für viele Deutsche verletzlich an", schreibt Kundnani. „Es will nicht führen und widersetzt sich etwa einer Schuldenvergemeinschaftung, doch zugleich will es Europa nach seinem Vorbild formen, um es ‚wettbewerbsfähiger' zu machen."

„Führen" heißt in diesem Zusammenhang häufig zahlen. So sieht das auch Varoufakis, der sich von Merkel wünscht, dass sie eine Art Marshallplan aufsetzt, wie einst die Vereinigten Staaten, die damit das kriegszerstörte Europa aufpäppelten.

Ein echter Hegemon wie die USA, schreibt Kundnani, zeichne sich dadurch aus, dass er einerseits Normen setzt, andererseits aber Anreize für jene schafft, die er beherrscht, damit sie Teil des Systems bleiben. Dazu muss er kurzfristige Kompromisse eingehen, um seine langfristigen Interessen zu sichern.

Zwar hat Deutschland bereits zwei Hilfspakete für Griechenland geschnürt, doch denen reicht das nicht. Sie wollen die Eurozone grundlegend verändern, mehr gemeinsame Schulden und weniger deutsche Vorschriften. Andere sehen das auch so. „Das ist keine Währungsunion", schrieb die „Financial Times" im Mai 2012. „Das ist eher ein Imperium."

Der Großanleger George Soros warnte, dass Europa dauerhaft geteilt werden könnte in Länder mit Überschüssen und Länder mit Defiziten – „ein deutsches Imperium in der Mitte Europas mit der Peripherie als Hinterland". Imperium ist ein anderes Wort für Reich.

In dieser ökonomisch dominierten Welt geht es weniger um Herrscher und Beherrschte, es geht um Gläubiger und Schuldner. Deutschland ist der größte Gläubiger in Europa.

Gläubiger haben Macht über die Schuldner. Sie erwarten Dankbarkeit, und sie haben oft genug klare Vorstellungen davon, was der Schuldner tun muss, damit das Geld eines Tages wieder zurückkommt. Gläubiger sind nicht beliebt.

Ein Gläubiger will die Kontrolle haben über seine Schuldner, denn er hat auch Angst, Angst um sein Geld. Die Deutschen könnten für die griechischen Schulden einstehen, nicht aber auch für die von Italien und Spanien.

Deutschland sei zwar groß genug, schreibt Kundnani, um Europa seine Regeln aufzuerlegen, aber zu klein, um ein echter Hegemon zu sein. Wie vor dem Ersten Weltkrieg fürchte sich Deutschland wieder davor, von kleineren Ländern eingekreist zu werden – dazu gehöre insbesondere die Angst, dass die EZB von den lateinischen Ländern übernommen werden könnte und die Macht auf die Schuldnernationen übergehen könnte.

Deutschland handele nicht wie ein Hegemon, sondern nur wie ein „Semi-Hegemon". So hat schon der deutsche Historiker Ludwig Dehio die Stellung Deutschlands in Europa nach 1871 bezeichnet. Auch der ehemalige polnische Außenminister Radoslaw Sikorski sagte – wenn auch in ganz anderem Zusammenhang – in einer Rede in Berlin im November 2011, er fürchte sich weniger vor deutscher

* Am 28. Dezember 2011 mit Karikaturen Merkels und des spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy.

Macht als vor deutscher Untätigkeit und drängte Deutschland, Europa zu führen.

Er beobachte, sagt Kundnani, eine deutsche Selbstwahrnehmung, das eigentliche Opfer der Eurokrise zu sein, die in seltsamem Kontrast zu der Wahrnehmung in den Schuldnerländern stehe. Daraus entstehe Aggressivität, die sich im neuen Sound der Politik zeigt oder in der „Bild"-Zeitung entlädt, wenn sie alle Griechen als „gierig" beschimpft.

Während Deutschland im Lauf der Eurokrise wirtschaftlich dominierte, blieb es außenpolitisch ein Zwerg. Der Höhepunkt dieser Weigerung, eine politische Macht zu sein, war die Enthaltung im Uno-Sicherheitsrat, als es im März 2011 um den Nato-Einsatz in Libyen ging. Das wurde auch von europäischen Partnern wie Frankreich als Rückschritt gesehen – bei den Luftschlägen im Kosovo 1999 und später beim Einsatz in Afghanistan hatten sich die Deutschen noch beteiligt.

Der Ruf nach mehr deutscher Führung, der in den vergangenen Jahren aus Osteuropa kam, steht oberflächlich gesehen im Gegensatz zu den Klagen über eine zu große deutsche Dominanz in Wirtschaftsfragen. Aber beides steht miteinander im Zusammenhang: Deutschland will eine wirtschaftliche Macht sein, keine militärische. Sein Nationalismus gründet sich auf Wirtschaftskraft und Exporte, nicht auf den Willen, eine geopolitische Kraft zu werden. Das gleiche Dilemma zeigt sich in der deutschen Rolle im Umgang mit Russland in der Ukrainekrise.

Deutschland, so Kundnani, „ist einzigartig in seiner Kombination aus wirtschaftlicher Durchsetzungskraft und militärischer Abstinenz". Schon deshalb sind die Bezüge zur Nazi-Zeit so daneben. Es geht nicht um Gewalt, um Rassismus. Es geht um Geld. Und das ist ein himmelweiter Unterschied, auch wenn Geldfragen unangenehm sein können.

Um ein Reich geht es allerdings schon, auf dem ökonomischem Feld. Die Eurozone ist deutsches Herrschaftsgebiet. Berlin regiert hier nicht unangefochten, bestimmt aber über das Schicksal von Millionen Menschen anderer Nationalitäten mit. Eine solche Macht schafft eine Menge Verantwortung, trotzdem verhalten sich Regierung und Politik manchmal noch wie in einem Kleinstaat.

Deutschland ist tatsächlich nicht groß genug, die Probleme aller anderen mit Geld zu lösen, aber dennoch ist es manchmal wichtig, Größe zu zeigen, auch durch Großzügigkeit. Und ohne die Bellerei aus Berlin oder München wäre es sicherlich einfacher, etwas zu erreichen. Auch das ist Größe, die maßlosen Vergleiche elegant zu kontern oder zu ertragen.

Nikolaus Blome, Sven Böll, Katrin Kuntz, Dirk Kurbjuweit, Walter Mayr, Mathieu von Rohr, Christoph Scheuermann, Christoph Schult